

BRONSKIS WOCHE

Was für ein sonderbares Jahr, dieses 2020! Nichts war wie gewohnt, alles auf den Kopf gestellt wegen eines winzig kleinen Virus, das sich schneller als der Wind um die ganze Welt verbreitet hat. Experten hatten seit langem davor gewarnt, dass so etwas passieren wird, aber wenn es dann passiert, ist man trotzdem überrascht, überrollt und schockiert. Und natürlich überhaupt nicht vorbereitet. Wie könnte man auch? Würde das nicht bedeuten, in permanenter Angst zu leben? Wir wären Paranoiker! Andererseits: Da die Experten schon warnten - hätte nicht wenigstens die Politik besser vorbereitet sein können?

Es liegt ein gewisser Witz darin, wie passgenau das Virus die Schwächen unserer Lebensweise zu nutzen verstanden hat. Von unserer Lust aufs Verreisen, die seine Verbreitung erst ermöglicht hat, bis zum Credo unserer Politik, die in dem Bestreben, selbst unser Gesundheitssystem auf Effizienz zu trimmen, viel Schaden angerichtet hat. Sars-CoV-2 ist der Beweis dafür, dass die Evolution nicht schläft. Ihre Gesetze sind auch für uns Menschen weiterhin in Kraft - und sie sind nicht ökonomischen Wesens.

Auch andere Gesetze wirken. Darum baut Ihr Bronski jetzt Resturlaub ab. Zu Hause, aber ohne Homeoffice. Dazu mein Tagebuch: frblog.de/homeoffice-285

Ich wünsche Ihnen schöne und friedliche Feiertage! Ihr Bronski

Grüne mit Prinzipien?

Erwiderung, „Grüne brauchen Einfluss auf Bundesebene“, Forum v. 14.12.

Werner Rüter gibt sich einer Illusion hin, wenn er von der Partei „Die Grünen“ viel erwartet. Er argumentiert ähnlich wie lange Zeit für die SPD argumentiert wurde - ohne dass die SPD die Hoffnungen erfüllt hätte. Er zählt selbst genug Beispiele aus Frankfurt und Hessen auf, die klar zeigen, dass sich die Parteigrünen total angepasst haben. Wo anders, wenn nicht im Wirtschafts- und Verkehrs-Superministerium, hätten sie grüne Prinzipien verwirklichen können?

Es ist für die oppositionellen Bundesgrünen leicht, einen Antrag im Bundestag einzubringen, die A49 zu stoppen, wenn man nicht in der Regierung sitzt und weiß, dass der Antrag abgelehnt wird. Wenn über die SPD gesagt wird: „Links reden - rechts handeln“, so gilt für die Grünen analog: „Grün reden - schwarz handeln“. Sie sind lange genug in vielen Landesregierungen vertreten, um die Wahrheit dieser Devise hinreichend bewiesen zu haben. Warum sollte es anders sein, wenn die Grünen im Bund Regierungsmänner bekommen?

Ich will mit dieser Einschätzung nicht die Arbeit einzelner grüner Politiker wie Sven Giegold verkennen. Aber auch sie können am Gesamtbild der etablierten Wohlfühlpartei nichts ändern.

Manfred Bonson, Lüdinghausen

Diskussion: frblog.de/gruene

Nach der Pandemie kann es nicht weitergehen wie vorher

Deutschland ist im Lockdown und wartet auf den Impfstoff: „Was länger währt, wird endlich gut?“, FR-Politik vom 15. Dezember

Corona bleibt auf unbestimmte Zeit

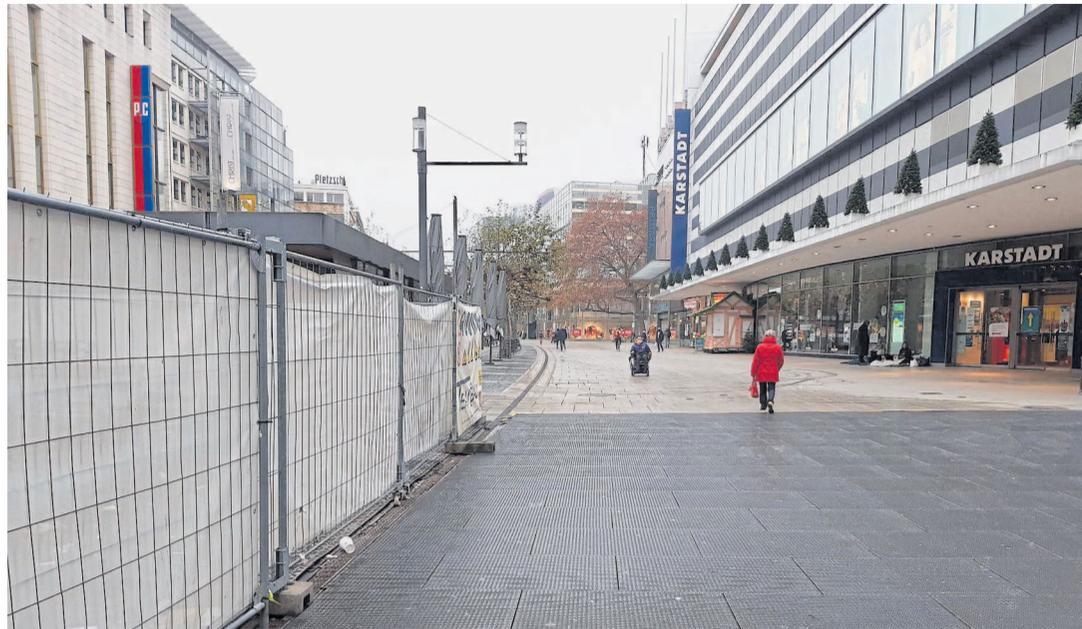
Europa muss noch warten auf den erlösenden Impfstoff, gerade wo jetzt der zweite Lockdown alle ein wenig überrascht hat. Ein Restrisiko bleibt, doch eine alternative, ergänzende Lösung, z.B. Medikamente, lässt noch auf sich warten. Der Härtestest bleibt mit den bekannten Hygiene Regeln, es kommt immer auf den Einzelnen an. Eines ist sicher: Corona bleibt - und seine Folgen auch. Auf unbestimmte Zeit.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht

Alle reden von Corona, aber was sind die Ursachen? Viele glauben, dass es nach Überwindung der Corona-Pandemie so weitergehen kann wie vorher. Aber Wissenschaftler haben schon die nächsten Pandemien vorausgesagt. Warum? Viren werden von Tieren auf Menschen übertragen. Wenn wir immer weiter in die Lebensräume der Wildtiere eindringen und ihre Lebensräume zerstören, kommen sie zu uns. Auch die Massentierhaltung trägt dazu bei. Man denke an BSE oder die dänischen, mit einem neuen Corona-Virus infizierten Nerze. Also produzieren die Menschen ihre Krankheiten und ökologischen Krisen selbst. Warum?

Weil es um immer mehr Wachstum geht. Mehr Wachstum in dieser Gesellschaft bedeutet mehr Gewinn. Aber letztlich für wen? Diejenigen, die die Werte durch ihre Arbeitskraft schaffen, haben wenig davon. Sie müssen damit rechnen, dass sie ihre Arbeitsplätze verlieren, z.B. bei Conti in Babenhausen, bei Opel, Haribo etc. Nur wegen der Pandemie? Nein, die wirtschaftliche Krise hat sich schon vorher angekündigt. Arbeitsplätze werden verlagert, weil es anderswo billiger ist zu produzieren. Prekäre Arbeitsplätze werden mehr und mehr geschaffen, das ist kostengünstiger, und man kann die Arbeitenden leichter loswerden. Also den „bösen“ Kapitalisten das Handwerk legen? Der Wachstumszwang und das Streben



Weihnachtseinkäufe fallen 2020 aus. Die Frankfurter Zeil am Vormittag des 18. Dezember.

THOMAS VÖGELE

nach Gewinn sind systembedingt, bei Strafe des Untergangs.

Die Lösung? Die Gesundheitskrise, die ökologische Krise und die ökonomische Krise hängen zusammen und müssen gemeinschaftlich gelöst werden. Das heißt gemeinschaftliche Kontrolle der Produktion ohne Privateigentum an Produktionsmitteln mit ökologischer Orientierung und sozialer Ausrichtung. Die Grenzen des Wachstums sind schon lange erreicht. Kein „Weiter so!“

Heike Kuntze-Engemann, Seeheim-Jugenheim

Wir haben leider keine Luftmatratzen mehr

Als zwei zuliebt befreundete Rentnerpaare machen wir uns Sorgen, wie wir am Neujahrmorgen, ohne um zwei Mal 200 Euro leichter zu sein, nach Hause gelangen. Zu den Weihnachtsfeiertagen sind die Begegnungsaufgaben erfreulich gelockert worden. Die Ausgangsverbote zwischen 21 und 5 Uhr geben aber zur Sorge Anlass. Schön ist, dass wir (konkret) mit vier Personen zusammenkommen und zum Neuen Jahr unter Dach anstoßen dürfen. Gedanklich spielen wir folgende Szenarien durch:

Da wir schon über 60 und 70 Jahre alt sind, trauen wir uns nicht mehr zu, bis morgens um fünf Uhr durchzufeiern und dann unbehelligt 20 Minuten lang zu Fuß nach Hause gehen zu können. Luftmatratzen haben wir auch keine mehr, die wir zu den Freunden mitnehmen und darauf bis fünf Uhr vorschlafen können. Der Geldbeutel lässt nicht zu, dass wir uns zu viert in einem Hotel über die Silvesternacht einquartieren.

Ob vielleicht noch Ausführungsbestimmungen folgen, die den friedlichen Heimgang am Neujahrmorgen auch zwischen Mitternacht und fünf Uhr ausnahmsweise ungestraft geschehen lassen? Das ist unsere große Hoffnung! Denn dann könnte man mit gutem Vorsatz sportlich ambitioniert zu Fuß den Heimweg antreten und hoffentlich einen schönen Sternenhimmel dabei bewundern. Klaus Auls, Bad Nauheim

Fahrlässige Verzögerung

Ganz Deutschland wartet auf die Impfstoffzulassung und einen schnellen Beginn der Impfungen. Während andere Länder bereits intensiv ihre besonders Gefährdeten impfen, müssen wir noch

warten. Denn Minister Spahn will erst beginnen, wenn eine reguläre Zulassung für die EU vorliegt. Währenddessen aber sterben täglich Menschen, und die Situation in Kliniken und Altenheimen ist vielfach dramatisch. Längst hätte Kanzlerin Merkel in diesen Bereichen mittels Notfallzulassung für einen Impfstart sorgen können. So verlieren wir zwei bis drei Wochen, wo doch jeder einzelne Tag zählt!

Unsolidarisch gegenüber den europäischen Partnern wäre solch ein Vorgehen nicht, denn am deutschen Impfmengenanteil zu Beginn würde sich nichts ändern. Peter Koswig, Korbach

So kämen schnell 40 Milliarden zusammen

Wenn sich die zwei Millionen Millionäre in Deutschland dazu aufraffen könnten, lediglich ein Prozent ihres Vermögens als Extra-Solidaritätsbeitrag zur Corona-Pandemie zu spenden, käme ein Betrag von 40 Milliarden Euro zusammen. Ganz im Sinn von J.F. Kennedy, der einst sagte: „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, frage, was du für dein Land tun kannst.“ Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/weihnacht2020

Erinnern ist nicht genug, es braucht praktische Politik

Antisemitismus, Prozess von Halle: „Es reicht noch lange nicht“, FR-Meinung vom 14. Dezember

Anetta Kahane bringt es auf den Punkt, indem sie beim Schlusswort des Angeklagten im Prozess von Halle genau hingehört hat: „Da hören wir keine subtilen Formen von Antisemitismus mehr, keinen sekundären, israelbezogenen oder strukturellen, sondern direkt und dreckig einfach nur Hass auf Juden. Drei Minuten Tiraden und Hass und Holocaustleugnung.“ Offensichtlich reicht es nicht, der „Erinnerungskultur“ zu vertrauen, gegen den antisemitischen Wahnsinn zu wirken. Im Sinn der Aufklärung näher läge, dass Staat und Kirche ihre historischen Beiträge im autoritären Staat zur Propagierung des Antisemitismus als Herrschafts-

mittel thematisierten und verurteilten. Umso glaubwürdiger könnten sie ihre an Menschenrechten orientierte Politik im demokratischen Staat vertreten. Es ist bedauerlich, dass es an einer derart an Menschenrechten offensiv orientierten Politik fehlt und so nationalistisch, autoritär orientierten Protagonisten reaktionärer Politik in den Parlamenten das Feld überlassen wird.

Es gilt darüber aufzuklären, dass mit der Erklärung des Christentums zur Staatsreligion durch Kaiser Theodosios I. seit dem Jahre 380 n.C. Juden wie auch alle Nichtchristen für ehrlos, rechtlos und schutzlos erklärt wurden. Es folgte eine Ent-

wicklung der Entrechtung und Versklavung der Juden, die von Papst Gregor IX. 1234 kirchenrechtlich und von Kaiser Friedrich II. (1212-1250) als staatliches Recht verankert wurde. Juden wurden zur Handelsware. Halberzig ließ Bismarck erst unmittelbar vor der Reichsgründung die gesetzliche Gleichberechtigung auch für Juden beschließen. Halberzig, weil die gesellschaftliche Propagierung des Hasses auf Juden, ihre Verfolgung und Ausbeutung ein zentrales Thema in der politischen Auseinandersetzung blieb. Juden wurden zu Untermenschen erklärt, wie es Luther 1542 in seiner Schrift „Von den Juden und

ihren Lügen“ gefordert hatte. Luthers Forderungen waren Eckpunkte für das NS-Vernichtungsprogramm. Es stieß nur bei Wenigen auf Ablehnung.

Nach 1945 fand keine bedeutende gesellschaftliche Debatte über die Bedeutung der Menschenrechte für die künftige Politik der Bundesrepublik statt. Historisch verfestigte Hassgefühle wurden über Jahrtausende transferiert. Es ist also nicht „folgenreiches Erinnern“ angesagt, sondern praktische Politik im Namen der Menschenrechte. So lange es daran fehlt, ist die Aufklärung noch immer ein „unvollendetes Projekt“ (Habermas). Heiner Ehrbeck, Bad Vilbel